

nicht dadurch gefährdet, daß die CDU eine Diktatur Diktatur nennt.“

Doch diesmal könnte der Kampagnen-Macher auflaufen – in der Koalition wächst der Widerstand gegen das Holzhammer-Konzept. CDU-Forschungsminister Heinz Riesenhuber schwant: Geißlers Argumentationsweise „führt uns in den Abgrund“.

Vielleicht bereitet Heiner Geißler schon den Rückzug vor. Nach der Bundestagsdebatte vom letzten Dienstag über Wirtschaftsgipfel, Reagan-Besuch, NRW-Wahl, Anti-Amerikanismus und Goebbels-Analogien jedenfalls registrierte „der mit Abstand perfideste Politiker dieser Republik“ (Erhard Eppler) einen „ersten Erfolg“ seiner Kampagne.

Geißler: „Die SPD hat Bekenntnisse zu Amerika ablegen müssen wie nie zuvor. Darüber bin ich froh.“

KONJUNKTUR

Müssen was tun

Nach dem Düsseldorfer Wahl-Debakel wollen die Christliberalen in Bonn mehr für die Beschäftigung tun. Doch was?

Der Kanzler versuchte es noch einmal auf die alte Tour.

Er habe immer noch darunter zu leiden, deutete Helmut Kohl den Einbruch seiner Partei in Nordrhein-Westfalen, daß er von seinem Vorgänger Helmut Schmidt einen Trümmerhaufen übernommen habe. Opfer der Bürger seien nötig gewesen, „weil wir das Ganze wieder in Ordnung bringen müssen“.

Es war wohl der letzte Versuch Kohls, die Verantwortung abzuwälzen. Nach zweieinhalb Jahren Kanzlerschaft, das haben ihm die NRW-Wähler klargemacht, muß Kohl nun selbst für sein Handeln und Nicht-Handeln geradestehen.

Rentner und Landwirte, die Arbeitslosen und die um ihre Arbeitsplätze Besorgten – sie sind nicht mehr bereit, sich mit Hinweisen auf die Vergangenheit trösten zu lassen. „Die geerbten Arbeitslosen sind zu Kohls eigenen geworden“, analysierte der Kieler Wahlforscher und Christdemokrat Werner Kaltefleiter die Wahlergebnisse.

Vorige Woche in Bonn wurde selbst den überzeugten Marktwirtschaftlern in FDP und CDU klar, daß die bisher so eingängigen Erklärungen nicht mehr ziehen. Der Arbeitsmarkt, so hatten die Verfechter der reinen Lehre vom Wachstum stets getröstet, reagiere im Aufschwung verspätet; die Bürger müßten nur noch etwas Geduld haben.

Die Volkswirtschaft wächst jetzt schon im dritten Jahr – doch die Arbeitslosigkeit blieb. „Das geht nicht auf die Dauer“, erkannte FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann vorige Woche plötzlich, „wir brauchen eine bessere Arbeitslosenstatistik, da müssen wir was tun.“

Haussmanns Vorsitzender, Kohls Wirtschaftsminister Martin Bangemann, wagte sogar, ein Ziel zu nennen: Unter zwei Millionen bis zur Bundestagswahl 1987, das sei zu schaffen.

Konjunktur- und Arbeitsmarktexperten im Wirtschafts- und im Arbeitsressort rieben sich ob solcher Prognosen erstaunt die Augen. Sie wissen nicht, woher der plötzliche Beschäftigungsschub kommen soll. Eher sehen die Fachbeamten die Gefahr, daß ein konjunktureller Einbruch die Arbeitslosenzahlen vor den Landtagswahlen im nächsten Jahr – in Bayern und in Niedersachsen – oder vor der Bundestagswahl ein Jahr später in die Höhe treiben könnte.

Bisher nehmen sich Statistik und Prognose eher düster aus. Statt der erwarteten

für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung ergab, daß die Unternehmen selbst bei einem Auftragsschub zunächst mit Überstunden und Sonderschichten die Produktion steigern würden.

Wenig zur Kenntnis genommen wird ein weiterer Grund, warum der Einstellungsschub auch im dritten Jahr des Aufschwungs ausbleiben wird: Jene Unternehmen, die dem Aufruf Kohls nach einer Beschäftigungsoffensive in den vergangenen Jahren gefolgt sind, schieben eine „Bugwelle von Lehrlingen vor sich her“ (ein Nürnberger Arbeitsmarktexperte). Diese Unternehmen sind bestrebt, die bei ihnen Ausgebildeten zu halten. Bei Neueinstellungen geben sie sich entsprechend zurückhaltend.

Die größte Gefahr für Beschäftigung und Wachstum, darin waren sich Christ- und Freidemokraten in der Koalitionsrunde am vorigen Dienstag einig, geht von der Bauwirtschaft aus. Wäre der drastische Einbruch am Bau ausgeblieben, so pflegt Wirtschaftsstaatssekretär Otto Schlecht die Konjunktur schönzurechnen, dann läge die Arbeitslosenzahl im Bundesgebiet um 150 000 niedriger und das Wachstum um ein halbes Prozent höher. Da selbst Sozialwohnungen inzwischen leerstehen, kann der Abschwung der Bauindustrie, so analysierten die Koalitionäre, nicht mit weiterem Wohnungsbau gebremst werden. Hilfe für den Bau könne nur mit öffentlichen Aufträgen für Stadt-sanierung und Umweltschutz geleistet werden.

Für Fußgängerzonen und Tiefgaragen, für Kanalisation und Mülldeponien könnten die Gemeinden, so ermittelte das Deutsche Institut für Urbanistik des deutschen Städtetages, in den nächsten Jahren pro Jahr rund 60 Milliarden Mark ausgeben.

Gerhard Stoltenberg aber will keine zusätzliche Mark lockermachen. Den Gemeinden, so die Bonner Überlegungen, sollen lediglich günstige Darlehen bewilligt werden.

Die Konditionen müßten besonders vorteilhaft sein. Bisher jedenfalls planten die Stadtväter allerorten keine Ausweitung ihrer Bautätigkeit; sie wollten im Schnitt die Bauinvestitionen bis 1988 noch einmal um 35 Prozent verringern.

Lediglich am Bau allerdings liegt es nicht, daß die Bonner bislang vergebens auf ein Beschäftigungswunder gewartet



Finanzminister Stoltenberg
Mehr ist nicht drin

ten Tendenzwende auf dem Arbeitsmarkt in diesem Jahr, Voraussetzung für günstige Zahlen 1986 und 1987, ist ein weiterer Anstieg wahrscheinlich: 1985 werde eher mit 2,3 Millionen als mit den bisher angenommenen 2,2 Millionen Arbeitslosen abschließen, so die Schätzung in Blüms Arbeitsministerium.

Die Produktionsanlagen seien über 80 Prozent ausgelastet, die Wirtschaft laufe auf vollen Touren, beruhigte Bangemann. Für jedes weitere Wachstum müßten deshalb in den kommenden Monaten neue Maschinen eingesetzt, neue Mitarbeiter eingestellt werden.

Nur: Die Auftragsbestände im Produktionsbereich sinken, wie das Münchner Ifo-Institut in seiner jüngsten Firmenbefragung ermittelte. Für die nächsten sechs Monate planen die Unternehmen keine Ausweitung. Und: Eine Betriebsbefragung des Nürnberger Instituts

Gespenst gesichtet

Die Gruppe der „Realpolitiker“ bei den Grünen fordert nach dem Wahldebakel in NRW eine Kurskorrektur: klare Koalitionsaussagen zugunsten der SPD.

Im Saal 118 S des Hessischen Landtags eröffnete Heinz Suhr, Bundestagsabgeordneter der Grünen, ein Treffen des parteiinternen „Initiativkreises konstruktive Politik – Grüner Sonntag“ mit der Frage: „Wer möchte den ersten Rundumschlag zur NRW-Wahl führen?“

Das wollten, am Donnerstag letzter Woche in Wiesbaden, fast alle vierzig Anwesenden, darunter die grünen Vorzeigepolitiker Otto Schily und Joscha Fischer, Bundesgeschäftsführer Eberhard Walde und Parteimitglieder aus dem gesamten Bundesgebiet.

Die schwersten Treffer bekamen zwei Mitglieder des Bundesvorstands ab, die zwar eingeladen, aber in Urlaub gefahren waren: Rainer Trampert und Jutta Ditfurth, die wohl prominentesten Vertreter der „Ökosozialisten“ und der „Fundamentalisten“, die sich Koalitionen mit der SPD beharrlich widersetzen und den Grünen das Image einer Verweigerer-Partei eingebrockt haben. „Es täte mir nicht leid“, so ein Redner in Wiesbaden, „wenn die jetzt den Bach runtergingen.“

Dem Zorn auf die SPD-Gegner in der Parteiführung, denen die Versammlung Mitschuld an dem 4,6-Prozent-Debakel an Rhein und Ruhr anlastete, folgten nüchterne Analysen: Daß die Partei mit dem Motto „Ökologisch, sozial“ ausgerechnet im Bundesland mit den größten ökologischen und sozialen Problemen binnen acht Monaten mehr als ein Drittel ihrer Wähler verloren hat, sei, befand Schily, ein ebenso „dramatisches Alarmsignal“ wie die 2,5-Prozent-Niederlage bei der Saar-Wahl im März.

In der Tat stecken die Grünen, die bis vor einem halben Jahr von Erfolg zu Erfolg gestürmt waren, in der schwersten Krise seit ihrer Gründung 1980. „Die Grünen als Hoffnungsträger, die quasi automatisch gewählt werden“, sagt Parteisprecher Lukas Beckmann, „das ist passé.“

Zur Debatte steht nun, ob die Alternativen sich von einer Wahlvereinigung zur Partei entwickeln – oder ob sie zu einer Politsekte verkommen und ihre Anwesenheit im Bundestag eine historische Episode bleibt. „Wenn wir in NRW keine fünf Prozent schaffen“, weiß Ex-MdB Fischer, „kommen wir 1987 nicht wieder in den Bundestag.“

Daß der grüne Boom erst mal zu Ende ist, führen Parteistrategen auf eine Fülle von Faktoren zurück. Parteibeschlüsse – zum Thema Sex mit Kindern – und der Brief grüner Bundestagsabgeordneter an inhaftierte RAF-Mitglieder hätten der

haben. Viel zu sehr haben sich die Regierenden darauf verlassen, daß sie mit Wachstum allein die Wende auf dem Arbeitsmarkt schaffen.

Niemand dürfe damit rechnen, schreiben jetzt erst wieder die Nürnberger Arbeitsmarktwissenschaftler, daß sich bei einem erwarteten Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent die Lage auf dem Arbeitsmarkt verbessere. Bei entsprechender Zunahme der Produktivität der Arbeit „geht ein solches Wachstum des Sozialprodukts nicht viel über das hinaus, was beschäftigungsneutral ist“.

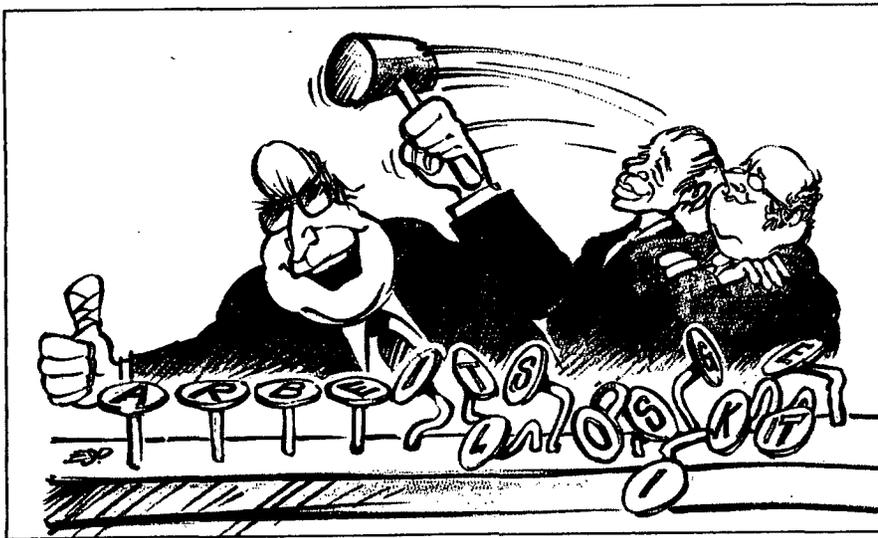
In internen Gesprächen warnt inzwischen selbst Wirtschaftslaie Hans-Dietrich Genscher den Kanzler davor, daß auch dieses Wachstum in Gefahr ist, daß mithin die derzeitige Arbeitslosenzahl nicht einmal zu halten ist.

Die nächste Bundestagswahl, so erkannte der Außenminister, liege wegen

Doch spätestens im Herbst, da sind sich die Freidemokraten sicher, wird sich Helmut Kohl eines anderen besinnen. Auch wenn es äußerst zweifelhaft erscheint, ob die geballte Steuerentlastung im nächsten Jahr wirklich den nötigen Schub bringt, um die Arbeitslosigkeit deutlich zu drücken: Der Kanzler steht unter dem Zwang, dem Parteivolk und den Wählern wirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit zu demonstrieren.

Dies gilt um so mehr, als er für die beiden anderen großen Bevölkerungsgruppen, die seine Partei in NRW im Stich ließen, wenig tun kann: Die Bauern wie die Rentner können nicht auf zusätzliche Bonner Subsidien rechnen.

Mit einem Steuergeschenk, das vor allem die Großbauern in Stoltenbergs norddeutscher Heimat päppelt, hat der Finanzminister schon im vorigen Jahr den Finanzrahmen fürs Landvolk ge-



Abendzeitung

„Wir machen Nägel mit Köpfen“

der Verschiebung des Wahltermins anders als sonst in der Mitte der amerikanischen Legislaturperiode. Früher habe die Bundesrepublik stets davon profitiert, daß vor Präsidentenwahlen die amerikanische Konjunktur massiv gestützt worden sei.

Genschers Furcht: Ein Durchhängen der US-Konjunktur just 1987 könnte dem deutschen Arbeitsmarkt den wahlentscheidenden Schlag versetzen. Kohl, so das Resümee des Freidemokraten, müßte deshalb vorsorgen und die Binnenkonjunktur ankurbeln.

Genscher und die FDP knüpfen an diese Analyse die Forderung, die Steuerreform nicht in zwei Etappen, 1986 und 1988, sondern in einer, 1986, zu verwirklichen.

Kohl klopfte zwar vorige Woche noch einmal die von der Koalition beschlossene Zweistufen-Lösung fest; noch steht der Kanzler zu seinem Finanzminister, dessen oberste Ziele, Haushaltsanierung und Preisstabilität, er nicht gefährden will.

sprengt. In den drei Jahren bis 1987 kostet Stoltenbergs Steuernachlaß zusammen mit weiteren, auch bereits verbrieften Sozialleistungen weit über zehn Milliarden Mark mehr als die zweite Stufe der Steuerreform. Mehr ist nicht drin.

Auch die Rentenversicherung hat kein Geld für Wohltaten. Trotz Beitragserhöhung und Rentenkürzung muß sie im Herbst schon wieder Geld borgen, um die laufenden Altersbezüge auszahlen zu können. Im nächsten Jahr werden die Renten netto um 2,25 Prozent steigen – bei einer prognostizierten Inflationsrate von 2,5 Prozent. Die Rentner legen auch 1986 drauf.

Wenn also für die Bauern und die Rentner nicht mehr drin ist, sollen wenigstens die Steuerzahler bedient werden. Der kleine Koalitionspartner will sich zurückhalten, wenn Helmut Kohl seinen Finanzminister in einigen Monaten zum Einlenken zwingt. FDP-General Haussmann: „Wir triumphieren dann nicht, sondern sagen nur: richtig.“